

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße

von Antje Schellner

Der Saal im Wilhelmsburger Bürgerhaus war am Abend des 18.2. brechend voll. Geschätzte 600 bis 700 Menschen füllten die Stuhlreihen und die Stehplätze an den Wänden.

Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk begann mit einem pädagogischen Trick: In schönsten Grafiken sollte den WilhelmsburgerInnen von Herrn Friewald, dem Leiter des Amtes für Verkehr und Straßenwesen, die Verlegung der Reichsstraße an die Eisenbahngleise schmackhaft gemacht werden. Gebetsmühlenartig (insgesamt sieben Mal an diesem Abend) und bei jeder Gelegenheit wiederholte und verkündete Frau Hajduk die mittlerweile von der BSU wohl einzig verfolgte Planung, eine vom Bund finanzierte Bundesstraße als »einmalige Chance für Wilhelmsburg« zu begreifen und daher zu verlegen. Gleich mehrere WilhelmsburgerInnen kritisierten dagegen, dass der Lärm entlastende Effekt höchstens für den Westen zu verzeichnen sei, dem Osten aber ein erhebliches Maß an Mehrbelastung aufgebürdet werden würde.

Auf dem Podium plädierten neben Senatorin Hajduk die Herren Hellwig (Geschäftsführer der IBA) und Kirschstein (Geschäftsführer der Süderelbe Logistik) sowie Hans-Jürgen Maas für die Verlegung der Reichsstraße, während Michael Rothschuh (für die Bürgerinitiative Zukunft Elbinsel) als einziger verschiedenste Einwände geltend machte. Bei der ungleichen Besetzung des Podiums liegt die Vermutung nahe, dass dieses überwiegend Frau Hajduk unterstützen und der Bevölkerung ins Gewissen reden sollte.

Die Beiträge und Fragen aus dem Publikum waren jedoch von einem derart qualifizierten Fachwissen und einer jahrelangen Erfahrung im stadtentwicklungspolitischen Diskurs gekennzeichnet, dass sie von keinem der offiziellen VertreterInnen und deren Experten so einfach argumentativ zu übertrumpfen waren. Frau Hajduk hat an diesem Abend viel Kritik einstecken müssen, ihre Ehrlichkeit wurde von den Anwesenden offen angezweifelt. Insbesondere das auffällige

Joachim Bischoff | Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft | Wahlkreis HH-Mitte 1 | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg
Telefon 0174 / 336 43 34 | E-Mail: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de

Abrücken der GAL von den BürgerInnenbewegungen vor Ort nach Regierungsantritt in Hamburg und die gebrochenen Versprechungen (fast genau vor einem Jahr hatte Frau Hajduk erklärt, dass es mit ihnen in der Regierung kein Moorburg geben würde) wurden Frau Hajduk an diesem Abend immer wieder zum Vorwurf gemacht. Aber auch das gewachsene Vertrauensdefizit gegenüber der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) war wiederholt Thema. »Man nimmt uns, was wir behalten wollen, und gibt uns, was wir nicht haben wollen«, so drückte ein Einwohner seinen Unmut aus.

Aktuell entspringt das Misstrauen dem Umstand, dass die Hafenuferspanne und die Verlegung der Reichsstraße quasi getrennt betrachtet und vermittelt werden, obwohl doch befürchtet wird, dass der Bau der Hafenuferspanne die Umwidmung der Reichsstraße in eine Autobahn zur Folge hätte. Dies lässt eine Salamitaktik vermuten, bei der keiner weiß, was da in den Planungsbüros der BSU noch so gärt.

Manuel Humburg von der Bürgerinitiative Zukunft Elbinsel fragte, »ob diese Veranstaltung eine Verkündigung sei oder ob es hier noch um einen ergebnisoffenen Dialog geht?« Irgendwie gibt es auf solche Fragen nie klare Antworten, jedenfalls drücken sich die Verantwortlichen vor einer klaren Stellungnahme.

Unmut und Unverständnis herrschten auch darüber, dass eine Stadt zwar bereit ist, die Elbphilharmonie und die HSH-Nordbank mit Millionen und Milliarden zu bezuschussen, während für die bevölkerungsnahe Stadt- und Straßent-

wicklung kein oder nur wenig Geld in die Hand genommen wird. Die bestehende Hauptforderung der WilhelmsburgerInnen ist daher unverändert, endlich und unter Einbeziehung der Bevölkerung ein Gesamtkonzept für den Stadtteil zu erstellen, das auf einer umfassenden Verkehrsanalyse basiert und für das die Kooperation und Abstimmung aller beteiligten Behörden (BSU, HPA, Finanzbehörde wg. Grundstücksverkäufen) Voraussetzung ist.

Frau Hajduk versprach den Anwesenden, in Bälde für eine Veranstaltung wieder zu kommen, auf der Hafenuferspanne und Reichsstraße gemeinsam diskutiert werden. Die WilhelmsburgerInnen zweifelten allerdings an, ob dann überhaupt noch etwas zu beeinflussen wäre.

Auch die Beantwortung der Frage von Michael Rothschuh, was denn aus der zu prüfenden zweiten Lösungsvariante, einer Umgehungsstraße für Wilhelmsburg, geworden sei, blieb irgendwie schwammig. Der Kommentar in der Art eines ggfs. zurückgeholten Arbeitsprozesses war wenig aufschlussreich. Ob sich Frau Hajduk an diesem Abend auch nur einen Millimeter bewegt hat, lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht so recht beurteilen. Distanziert betrachtet wird in der BSU offenbar aber der Versuch, die Bevölkerung in die von der Behörde bevorzugten Lösungen mit hineinzunehmen.

Nun ist die Frage, wie sich die WilhelmsburgerInnen für die leider terminlich immer noch nicht feststehende, geplante öffentliche Anhörung im Stadtentwicklungsausschuss positionieren.